

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT  
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten Omid Najafi und Thorsten Paul Moriße (AfD)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Bauen namens der Landesregierung

**Insolvenz von Sande Stahlguss GmbH - Ursachen und Auswirkungen**

Anfrage der Abgeordneten Omid Najafi und Thorsten Paul Moriße (AfD), eingegangen am 17.09.2025 - Drs. 19/8442,  
an die Staatskanzlei übersandt am 18.09.2025

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Bauen namens der Landesregierung vom 01.10.2025

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Das Amtsgericht Wilhelmshaven ordnete am 3. September 2025 nach einem Insolvenzantrag der Sande Stahlguss GmbH die vorläufige Insolvenzverwaltung an. In einem Artikel der NWZ werden als Gründe Kostensteigerungen auf dem Energiesektor, schwierige Rahmenbedingungen und die allgemeine wirtschaftliche Lage genannt.<sup>1</sup> Von dieser Insolvenz sind etwa 200 Beschäftigte und somit ein wichtiger Arbeitgeber in der Region betroffen.

**1. Welche Unterstützungsmaßnahmen bietet die Landesregierung den Beschäftigten der Sande Stahlguss GmbH gegebenenfalls an, die von der Insolvenz betroffen sind?**

Die Landesregierung ist bestrebt, das Unternehmen Sande Stahlguss GmbH sowie seine Beschäftigten im Rahmen der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten im Rahmen des Insolvenzverfahrens zu unterstützen. Hierfür steht die Landesregierung insbesondere durch das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen im engen Austausch mit der eingesetzten Insolvenzverwaltung PLUTA Rechtsanwalts GmbH sowie mit der Geschäftsführung der Sande Stahlguss GmbH. Ziel des Insolvenzverwalters ist, Investoren für das Unternehmen zu gewinnen und eine Durchfinanzierung des Unternehmens zu erreichen. Die Landesregierung begleitet diese Suche nach einer tragfähigen Investorenlösung und prüft Unterstützungsmöglichkeiten.

**2. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung gegebenenfalls, um die Energiekosten für die Gießereibranche zu senken und die Rahmenbedingungen zu verbessern, um weitere Insolvenzen zu verhindern?**

Schon früh hat sich die Landesregierung für die Einführung eines Transformationsstrompreises stark gemacht, der energieintensiven und gleichzeitig transformierenden Unternehmen einen geförderten, verlässlichen und wettbewerbsfähigen Strompreis für einen befristeten Zeitraum ermöglichen soll. Bereits im Frühjahr 2023 legte Niedersachsen ein eigenständiges Konzept für einen Transformationsstrompreis vor, das gezielt an die Bedürfnisse der energieintensiven Schlüsselbranchen angepasst ist. Ziel ist die Standortsicherung, die Aufrechterhaltung von Wertschöpfung sowie die Schaffung neuer industrieller Arbeitsplätze in Niedersachsen. Dieses Konzept wurde auf Bundesebene diskutiert, aber bisher nur in Teilen umgesetzt.

---

<sup>1</sup> [https://www.nwzonline.de/friesland/sande-stahlguss-meldet-insolvenz-an-200-beschaefigte-bangen-um-ihre-arbeitsplaetze\\_a\\_4,2,1950176645.html](https://www.nwzonline.de/friesland/sande-stahlguss-meldet-insolvenz-an-200-beschaefigte-bangen-um-ihre-arbeitsplaetze_a_4,2,1950176645.html)

Die Landesregierung begrüßt die durch die Bundesregierung bisher umgesetzten und geplanten Entlastungen. Insgesamt werden durch die Maßnahmen die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen um etwa 10 Milliarden Euro im Jahr bei den Energiekosten entlastet - zusätzlich zur bereits bestehenden Entlastung von 17 Milliarden Euro durch die Übernahme der EEG-Umlage für erneuerbare Energien.

So will die Bundesregierung zum 1. Januar 2026 die Gasspeicherumlage abschaffen. Für alle Gaskundinnen und -kunden würde damit ab Januar 2026 die Gasspeicherumlage nicht mehr erhoben werden. Neben einem niedrigeren Gaspreis, sorgt dieser außerdem für eine günstigere Stromproduktion aus Gaskraftwerken. Des Weiteren soll die Senkung der Stromsteuer über 2025 hinaus und auf Dauer gelten. Damit werden alle produzierenden Unternehmen sowie die Land- und Forstwirtschaft entlastet, also auch mittelständische Betriebe. Der Bund will außerdem ab 1. Januar 2026 einen Teil der Übertragungsnetzentgelte und Umlagen übernehmen. Geplant ist ein Zuschuss von 6,5 Milliarden Euro. Auch das kommt allen Bürgerinnen und Bürger sowie allen Unternehmen zugute.

Die Landesregierung wird sich auch in Zukunft mit Nachdruck für nachhaltige und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen einsetzen, wo dies in der Verantwortung und im Gestaltungsspielraum des Landes liegt, um die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie - darunter die Gießereibranche - zu sichern, Arbeitsplätze zu erhalten und die industrielle Wertschöpfung in Niedersachsen langfristig zu stärken.

### **3. Welche strukturellen Probleme in der Gießereibranche sind der Landesregierung gegebenenfalls bekannt, die zur Insolvenz der Sande Stahlguss GmbH geführt haben?**

Der Landesregierung sind strukturelle Kostenbelastungen wie vergleichsweise hohe Energiekosten bekannt, die die Wettbewerbsfähigkeit der Gießereibranche beeinträchtigen. Zudem hat die aktuelle geopolitische Lage, insbesondere der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, zu Versorgungsengpässen bei Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen für Gießereien geführt. Dies führt zu steigenden Kosten, da häufig auf alternative Rohstoffquellen zurückgegriffen werden muss. Diese Faktoren können nach Einschätzung von Unternehmen zu finanziellen Belastungen bis hin zu Insolvenzen beitragen.